

ung.

1916

15. Dezember

Sieben Millionen Kriegszulagen.

Berliner Stadtverordneten-Versammlung

Angeichts der anhaltenden Steigerung der Preise für fast alle Lebensmittel, haben sich Magistrat und Stadtverordnete Berlin nicht der Einsicht verschließen können, daß die bisherigen Kriegszulagen an die städtischen Angestellten eines weiteren Ausbaues bedürfen. Das kam in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten bei Besprechung zweier Vorlagen, die sich auf Kriegszulagen beziehen, zum Ausdruck.

Zuvor befaßte man sich mit einer Vorlage, die eine Beihilfe von 6000 Mark an den Verband für erste Hilfe fordert. Diesem Verband war anstelle der von ihm erbetenen 15 000 Mark eine Beihilfe von nur 9000 Mark bewilligt worden. Da sich seine Ausgaben infolge der Kriegsverhältnisse sehr erheblich gesteigert haben, hat er dringend gebeten, ihm für das laufende Rechnungsjahr eine außerordentliche Beihilfe von 6000 Mark zu bewilligen. Der Magistrat ersuchte die Versammlung um einen entsprechenden Beschluß. Stadtverordneter Wenzl führte aus: Das Berliner Krankentransportwesen liege augenblicklich sehr im Argen. Der Verband lamm aus Mangel an Benzol und Bedienungsmannschaften sein Wagenmaterial nicht ausnützen. In der letzten Zeit konnten, wie der Direktor der Berliner Ortskrankenkasse Albert Cohn vor kurzem öffentlich mitgeteilt hat, mehrere Krankentransporte nicht ausgeführt werden. Der Magistrat solle dafür sorgen, daß dem Verband das nötige Betriebsmaterial zur Verfügung gestellt werde. Nach dem Kriege müsse es zu einer Verstädtlichung des gesamten Krankentransportwesens kommen. Stadtrat Runge erklärt: Wir haben sofort, nachdem wir von diesen Zuständen Kenntnis erhalten haben, den Polizeipräsidenten ersucht, die Wagen des Verbandes, die wegen Pferdemangels ungenutzt dastehen, nach einiger Feuerwehrr im Notfall die nötigen Pferde zu Krankentransporten zur Verfügung stellt. Die Antwort steht noch aus. Ein Gesuch bei der Kraftfahrer-Abteilung um Freigabe von mehr Benzol zur Aufrechterhaltung des Krankentransports hat Erfolg gehabt. Nach dieser Aussprache werden die 6000 Mark bewilligt.

Darauf wendet man sich der Vorlage des Magistrats über Neuregelung der Kriegszulage für die städtischen Arbeiter, angestellten Beamten, Bediensteten der Feuerwehrr, Angestellten des Zentral-Arbeitsnachweises sowie Vektoren, Lehrer und Lehrerinnen zu. (Die einzelnen Sätze haben wir bereits früher mitgeteilt.)

Stadtr. Roblenzer (Soz.) beantragt Ausschlußberatung. Die Sätze, die die Vorlage vorschlägt, seien völlig unzureichend; zum mindesten müßten die Erhöhungen schon zum 1. Dezember in Kraft treten. Insbesondere seien die Sätze für Ledige und kinderlose Verheiratete zu niedrig. Notwendig sei auch eine Erhöhung der Kinderzulagen. Neben der laufenden Unterstützung sollte eine einmalige Feuerungszulage gewährt werden, damit Neuanschaffungen gemacht werden können.

Stadtrat Frank: Von völlig unzureichenden Erhöhungen kann keine Rede sein. Alle Wünsche können allerdings niemals bei solchen Vorlagen berücksichtigt werden. Der Magistrat ist verpflichtet, eine mittlere Linie zu finden, die das Erreichbare darstellt. Wir müssen doch auch daran denken, daß die Beträge von unserer Bevölkerung, der es zum Teil selbst recht schlecht geht, aufgebracht werden müssen. (Sehr richtig!) Die Vorlage bringt eine Erhöhung dessen, was bisher gegeben wurde, um 60 v. H. dar. (Hört! Hört!) Im ganzen werden jetzt etwa 7 Millionen Mark an Kriegszulagen für unsere Arbeiter, Angestellten und Beamten gezahlt. (Hört! Hört!)

Stadtr. Cassel (L.): Mit der Zurückbatierung der Vorlage auf den 1. Dezember könnten wir uns einverstanden erklären. Im übrigen schließen wir uns den Erwägungen des Herrn Stadtrat an.